



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Mittelhessenvorstand

Mittelhessen 2020:

**Gemeinsame Schwerpunkte des
Regionalmanagements**

Gerechtigkeit macht stark.

Vorbemerkung

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen – in der Tradition von Georg August Zinn – unsere Aufgabe darin, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Räumen Hessens zu schaffen. Viele Menschen leben gerne auf dem Land, sie engagieren sich für ihre Heimat, ihre Region, für ihr Lebensumfeld – und möchten dies auch in Zukunft tun. Wir werden daher für alle Räume und für alle politischen Handlungsfelder, die mit der Raumentwicklung zu tun haben, Ziele und konkrete Maßnahmen entwickeln, aus denen heraus die für die ländliche Regionalentwicklung wichtigen Infrastruktur- und Investitionsprogramme erarbeitet werden. „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in allen Regionen Hessens, das ist für uns die Konsequenz eines „gerechten Hessens“. So vielfältig der ländliche Raum ist, so vielfältig sind auch die Herausforderungen. Die Menschen auf dem Land brauchen daher eine Politik, die regional spezifische Lösungsansätze ermöglicht und gleichzeitig die Verantwortung des Landes betont. Der ländliche Raum steht in allen Themenbereichen wie Arbeit, Gesundheit, Versorgung, Mobilität und Kultur vor enormen Veränderungen, die wesentlich im demografischen Wandel begründet sind. (Regierungsprogramm der HessenSPD 2013)

Ausgangslage

Die Sozialdemokratie in Mittelhessen hat in den letzten Jahren immer wieder das Land zu einem stärkeren Engagement in der Region aufgefordert. Gerade im Vergleich zum Rhein-Main-Gebiet und Nordhessen hat Mittelhessen in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung an Boden verloren und dies obgleich gerade die industrielle Basis in Mittelhessen stärker ist als in anderen Landesteilen. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Wertschöpfung liegt in Mittelhessen mit 29,4 Prozent deutlich über dem EU-Schnitt (24,4 Prozent) und der Bundesrepublik (26,7 Prozent). Auch in Hessen liegt Mittelhessen im Vergleich zu Südhessen (18,8 Prozent) und Nordhessen (26,7 Prozent) vorn. Gleichzeitig ist Mittelhessen auch im Vergleich zu anderen Regionen Spitzenreiter bei Jobs mit niedriger Bezahlung¹. Damit ist aber auch gleichzeitig die zentrale Herausforderung der Region beschrieben. Unsere Region profitiert von der Globalisierung, sie ist aber auch darin gefordert. Gerade die Umbrüche und der Strukturwandel durch die Digitalisierung werden unsere Region stärker fordern als andere Regionen. Gleichzeitig wurden öffentliche Einrichtungen immer stärker zentralisiert, was die Lage in den ländlichen Räumen weiter verschlechtert hat.

In den vergangenen Jahren wurde eine zentrale Schwäche der Region häufig auf die polyzentrische Aufstellung (kein klares Zentrum der Region) reduziert. Die polyzentrische Struktur der Region mit mehreren Oberzentren ist hingegen eine Stärke, weil sie unterschiedliche Entwicklungsschwerpunkte zulässt. Dennoch ist auch zukünftig eine stärkere Abstimmung in der Region sinnvoll und notwendig. Der erste

¹ Knapp 20 %, überwiegend Frauen, sind im Niedriglohnsektor beschäftigt. Tendenz steigend.

Parallel dazu ist auch die Armutsgefährdungsquote von 12,1 % im Jahr 2010 auf 13,7 % gestiegen. Rund 32.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Mittelhessen haben weniger als 8,50 € die Stunde. Nicht eingerechnet sind Minijobs.

Umbauschritt beim Regionalmanagement Mittelhessen war und ist ein richtiger Schritt in diese Richtung. Diesem Schritt müssen aber weitere folgen. Dazu gehört auch eine angemessene finanzielle Ausstattung durch das Land und eine stärkere Konzentration auf industriepolitische und medizintechnische Projekte. Dort sehen wir den klaren Schwerpunkt eines Regionalmanagements.

Mittelhessen wurde in den letzten Jahren als Stiefkind der Landesregierung behandelt. Wachstumsimpulse gingen stärker in andere Regionen, beispielsweise in der Hochschulfinanzierung. Die angekündigte neuerliche Benachteiligung der Landesregierung von Mittelhessen im Rahmen der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs² wird diese Situation nicht erleichtern und erfordert eine Strategie, die zwar die Landesregierung in die Pflicht nimmt, aber weitgehend ohne und/oder gegen sie durchgesetzt werden muss. Unsere Bündnispartner suchen wir in Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Gesellschaft. Der Regierungspräsident wird von der Landesregierung eingesetzt und muss deren politischen Willen vor Ort vollstrecken. Er kann somit nicht Stimme der Region sein. Das Regionalmanagement muss sich als mittelhessische Interessenvertretung gegenüber der Landesregierung stärker positionieren.

Industrie der Zukunft: Fortschritt für Arbeit in Mittelhessen

Auf Industrie und Gewerbe kommen umwälzende Neuerungen im Bereich der Arbeitsorganisation und Produktionsweisen zu. Industrie 4.0, die vierte industrielle Revolution durch die zunehmende Digitalisierung, beschleunigt diese Entwicklung massiv. Produktzyklen werden sich weiter verkürzen. Damit wird die Innovationskraft gerade auch in kleinen und mittleren Unternehmen vor große Herausforderungen gestellt. Gleichzeitig wird sich die Innovationshöhe und -geschwindigkeit weiter erhöhen. Dieser Prozess ist mehr als technologische Veränderung, Arbeitsweisen und Wissenstransfer werden sehr viel stärker in den Betrieben an Bedeutung gewinnen. Gerade eine Region wie Mittelhessen mit seiner starken gewerblichen Wirtschaft wird davon stärker betroffen sein als andere Regionen. Der langfristige Erfolg einer industriellen Modernisierungsstrategie wird daher auch von den regionalen Rahmenbedingungen beeinflusst wie beispielsweise dem Ausbau der digitalen Infrastruktur (Breitbandausbau). Die Verankerung der Arbeitnehmerperspektive unter Beteiligung von hochschulischer Forschung, Wirtschaft und Gewerkschaften und eine fundierte Analyse der resultierenden Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften kann ein attraktives Alleinstellungsmerkmal für die Region Mittelhessen sein.

Wir unterstützen den Vorschlag des DGB und seiner Gewerkschaften, an der Schnittstelle zwischen Hochschulen und Betrieben nach Ansätzen und Methoden zu

² Landesweite Gesamtveränderung durch Modell: 93.486.984 € (RP Darmstadt 56.489.586 € oder 22.01 € / Einw.; RP Gießen 11.801.516 € oder 11,53 € / Einw.; RP Kassel 25.195.883 € oder 24.97 € / Einw.

Noch dramatischer für Landkreise: RP Darmstadt + 36.251.133 € oder 14.13 € / Einw.; RP Gießen 2.708.536 € oder 2,65 € / Einw.; davon müssen aber noch 5.924.841 € abgezogen werden (Übergangsfonds) also Saldo negativ; RP Kassel 12.776.927 € oder 12.66 € / Einw.

suchen, wie mit den neuen Produktionsverfahren neue Wege des Innovationstransfers gefunden werden können, die von Anfang an die Auswirkungen technologischer Innovation sowie neue Produktions- und Logistikkonzepte auf Arbeitnehmer beleuchtet und in den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft einspeist. Anders als bei den bisherigen Forschungsvorhaben zu Industrie 4.0 wird eine Konzentration auf den Aspekt der Umsetzung von der Innovation zur Produktion vorgeschlagen. Die Wissens- und Technologietransfereinrichtungen der Region können der richtige Ort dafür sein. Dies sollte ein Schwerpunkt von Landesförderung und Regionalmanagement werden.

Der DGB hat darüber hinaus als eigenen Beitrag die Errichtung einer Kooperationsstelle Hochschule-Arbeitswelt aus den Mitteln der Hans-Böckler-Stiftung vorgeschlagen. Sie hat die Zielsetzung das Thema „Gute Arbeit“ ebenso an der Schnittstelle zwischen Forschung und Wirtschaft zu verankern, wie das Thema „technologische Innovation“. Eine Kooperationsstelle Hochschule-Arbeitswelt ermöglicht es dem DGB und den Gewerkschaften, zentraler Dialogpartner der Hochschulen und der Wissenschaft zu sein. Von Anfang an könnte so Begleitforschung, die die Auswirkungen technologischer Innovation sowie neuer Produktions- und Logistikkonzepte auf Arbeitnehmer beleuchtet, ermöglicht und vorangetrieben werden. Damit würden Gewerkschaften an einer zentralen Position im Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft einen Einfluss nehmen können. Diesen Vorschlag begrüßen wir.

Wissenschafts- und Innovationsregion Mittelhessen

Die Hochschulichte in Mittelhessen ist mit der Justus-Liebig-Universität Gießen, der Philipps-Universität Marburg, der Technischen Hochschule Mittelhessen und dem StudiumPlus in Wetzlar so groß wie in nahezu keiner anderen Region. Mit dem neuen Hochschulpakt2020 wurde eine zentrale Forderung, die Beendigung der systematischen Benachteiligung der mittelhessischen Hochschulen durch die CDU-Landesregierung beendet. In den nächsten Jahren ist die Finanzierung der Hochschulen stabiler geworden, die Defizite der letzten Jahre werden sich aber nicht unmittelbar auflösen, dies gilt auch für die offenen Fragen im Rahmen der Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg (UKGM). Die Entwicklung eines Hochschul-Satelliten in Limburg, Biedenkopf und Lauterbach im Rahmen der mittelhessischen Hochschulen wollen wir vorantreiben.

Besonderer Schwerpunkt muss für die Entwicklung in Mittelhessen der Wissens- und Technologietransfer aus und mit den Hochschulen für die KMUs sein. Wir haben mit der TransMIT und den regionalen Gründerzentren gute Grundlagen, deren Weiterentwicklung aber dringend erforderlich ist. Die Barrieren zwischen KMU und Hochschulen sind immer noch zu stark. Die Angebote und Instrumente müssen stärker auch für KMUs im ländlichen Raum (u.a. Vogelsberg) ausgerichtet werden.

FachkraftMittelhessen

Wir wollen auch die Initiative FachkraftMittelhessen starten, in deren Zentrum in Kooperation mit Berufs- und Technikerschulen, Hochschulen und der Bundesagentur die Möglichkeiten zur Umsetzung einer echten Ausbildungsgarantie für die 25 -

35jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Berufsqualifizierenden Abschluss steht.

Gesundheits- und Medizintechnikregion

Kein Thema hat die Region in den letzten Jahren so stark beschäftigt, wie die Gesundheitspolitik. Dies liegt an zwei großen Themen: der Privatisierung des UKGM sowie der Ärztemangel in der Region. Gerade die kommunale Seite hat in den letzten Jahren vielfältige Initiativen gestartet, um die Zusammenarbeit der öffentlichen Gesundheitsversorgung im stationären wie ambulanten Bereich zu verbessern. Dieses Thema wird mit Blick auf die demographische Entwicklung und die Ärzteversorgung im ländlichen Raum eine immer größere Rolle spielen. Daher wollen wir eine mittelhessische Gesundheitsregion schaffen, in der die öffentlichen Gesundheitsinstitutionen besser zusammen arbeiten.

Wir bieten ausdrücklich eine Zusammenarbeit mit dem UKGM an, dies setzt aber eine verlässliche Kooperationsstruktur voraus.

Gleichzeitig wollen wir die wirtschaftlichen Chancen des MedizintechnikClusters verbessern. Die Initiativen dazu sind vor einigen Jahren mit viel Aufmerksamkeit gestartet, aber im Ergebnis versandet. Ein Neustart, der sich nicht auf unbestimmte regionale Treffen reduziert, soll über das Regionalmanagement forciert werden.

Mobilitätsgarantie Mittelhessen

Staumeldungen, überfüllte Züge und Investitionsstau bestimmen nicht nur, aber insbesondere die Mobilitätsthemen in Mittelhessen. Gerade die Region, in der es sehr große Pendlerströme innerhalb der Region und nach Rhein-Main gibt, ist auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur zwingend angewiesen. Gleichzeitig ist die Energiewende und der Klimaschutz ohne Einbeziehung des Verkehrssektors nicht möglich. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit und Anstrengungen in der Verkehrspolitik intensivieren und eine gemeinsame Strategie gegenüber dem Bund und dem Land sowie zur besseren Abstimmung auch in der Region verabreden. Diese „Mobilitätsgarantie Mittelhessen“ wird eines der zentralen Themen der kommenden Jahre. Die Investitionsstaus in Hessen sind bis 2020 ganz erheblich. Alleine 11 Mrd. € nur für Modernisierung und Sanierung von Straße, Schiene und Brücken in Hessen sind erforderlich. Die Reduzierung der Straßenbaumittel durch die Landesregierung um 10 Mio. € ist ebenso falsch wie die Weigerung des Bundes, eine bessere Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen der Regionalisierungsmittel sowie des Landes kein zusätzliches originäres Landesgeld in diesen Bereich zu stecken. Die Pendlerregion Mittelhessen braucht bessere finanzielle Rahmenbedingungen, eine Investitionsoffensive von Bund und Land sowie eigene Konzepte.